



Zahlungsrückstände bei Energie: Die Krise ist aus der Statistik nicht verschwunden

Ute Pappelbaum

Die Energiepreise sinken, doch die Zahlungsprobleme bleiben. Rund 3,8 Millionen Menschen lebten 2025 in Deutschland in Haushalten, die Rechnungen von Versorgungsunternehmen nicht fristgerecht begleichen konnten. Zwar sank der Anteil gegenüber dem Vorjahr von 5,0 auf 4,6 Prozent der Bevölkerung. Ökonomisch entscheidender ist jedoch eine andere Beobachtung: Die Entspannung bei den Energiepreisen schlägt bislang nur begrenzt auf die finanzielle Stabilität belasteter Haushalte durch.

Mieter tragen das größere Liquiditätsrisiko

Besonders deutlich wird diese Belastung beim Vergleich der Wohnformen. Während 3,3 Prozent der Menschen in Eigentümerhaushalten Zahlungsrückstände gegenüber Versorgungsbetrieben meldeten, waren es in Mieterhaushalten 5,8 Prozent.

Der Unterschied sollte nicht vorschnell als Folge des Mietverhältnisses interpretiert werden. Eigentümer- und Mieterhaushalte unterscheiden sich systematisch hinsichtlich Einkommen, Vermögen, Alter und finanzieller Rücklagen. Wohneigentum wirkt insofern auch als Selektionsmerkmal für größere finanzielle Stabilität.

Gerade deshalb ist die Differenz wirtschaftspolitisch relevant. Ein erheblicher Teil des finanziell weniger widerstandsfähigen Bevölkerungsteils konzentriert sich im Mietsegment. Dort treffen Wohnkosten, Energieausgaben und allgemeine

Lebenshaltungskosten auf Haushalte, deren Möglichkeiten zur Bildung von Reserven vergleichsweise begrenzt sind.

Das verändert auch die Wirkung von Preissteigerungen. Für einen Haushalt mit ausreichendem Vermögenspuffer bedeutet eine höhere Nebenkostenabrechnung zunächst einen Vermögensverlust. Für einen Haushalt ohne Rücklagen kann dieselbe Rechnung zum Liquiditätsproblem werden.

Sinkende Energiepreise bedeuten noch keine Rückkehr zum alten Kostenniveau

Hinzu kommt ein statistischer Effekt, der für die Einordnung zentral ist. Haushaltsenergie war im August 2026 zwar 0,7 Prozent günstiger als ein Jahr zuvor. Daraus folgt jedoch nicht, dass die Belastung der Haushalte wieder auf das Niveau vor der Energiekrise zurückgefallen wäre.

Die starken Preissteigerungen insbesondere des Jahres 2022 haben das Preisniveau dauerhaft nach oben

verschoben. Sinkende Inflationsraten oder sogar moderate Preisrückgänge korrigieren diesen Niveausprung nur teilweise. Für Haushalte zählt aber nicht die Veränderungsrate allein, sondern der absolute Betrag, der monatlich vom verfügbaren Einkommen abfließt.

Genau hier liegt ein häufig unterschätzter Unterschied zwischen Inflationsstatistik und finanzieller Realität: Eine nachlassende Teuerung beendet den Kaufkraftverlust nicht automatisch. Sie verlangsamt zunächst lediglich dessen weitere Verschärfung.

Parallel steigen andere wohnungsbezogene Ausgaben weiter. Die Wohnungsnebenkosten lagen im August 2026 um 3,1 Prozent über dem Vorjahresniveau und damit leicht oberhalb der allgemeinen Verbraucherpreisentwicklung von 2,9 Prozent. Wasserversorgung, Müllabfuhr, Gebäudereinigung oder technische Wartung sind zudem Kostenpositionen, denen Haushalte kurzfristig kaum ausweichen können.

Das Problem verschiebt sich vom Preisschock zur Einkommensfrage

Damit verändert sich der Charakter der Energiekrise. Während 2022 vor allem der außergewöhnliche Preisschock im Mittelpunkt stand, rückt inzwischen die Frage in den Vordergrund, welche Haushalte das entstandene Kostenniveau dauerhaft aus ihren laufenden Einkommen finanzieren können.

Das ist ordnungspolitisch relevant. In einer akuten Krise können Preisbremsen, Transfers oder andere staatliche Entlastungen einen extern verursachten Schock abfedern. Je länger Zahlungsprobleme jedoch trotz stabilisierter oder sinkender Energiepreise bestehen bleiben, desto weniger lassen sie sich mit temporären Eingriffen lösen.

Dann geht es um Einkommensentwicklung, Wohnkosten, Abgabenbelastung, Erwerbsintensität und die Fähigkeit privater Haushalte, Rücklagen aufzubauen. Eine Politik, die dauerhaft einzelne Rechnungsbestandteile subventioniert, kann Liquiditätsprobleme mildern. Sie verändert aber nicht zwangsläufig deren Ursache.

Hinzu kommt ein problematischer Erwartungseffekt. Werden außergewöhnliche Kostensteigerungen regelmäßig durch staatliche Eingriffe kompensiert, schwimmt die Grenze zwischen Krisenhilfe und dauerhafter Einkommenspolitik. Für Haushalte, Energieanbieter und Vermieter wird schwerer kalkulierbar, welche Preise tatsächlich getragen werden

müssen und welche Belastungen politisch nachträglich korrigiert werden.

Zahlungsrückstände sind ein Frühindikator finanzieller Verwundbarkeit

Für Versorger und Wohnungswirtschaft besitzen die Zahlen deshalb eine zweite Dimension. Millionen Menschen mit Zahlungsrückständen bedeuten nicht lediglich soziale Härtefälle, sondern ein erhöhtes Forderungs- und Ausfallrisiko. Unternehmen müssen Mahnverfahren finanzieren, Forderungen länger vorhalten und Zahlungsausfälle einkalkulieren. Solche Risiken verschwinden nicht; sie werden über Kostenstrukturen und letztlich teilweise über Preise verteilt.

Damit entsteht eine Rückkopplung: Steigende unvermeidbare Haushaltskosten erhöhen das Ausfallrisiko. Ein höheres Ausfallrisiko verteuert wiederum die Bereitstellung von Leistungen. Besonders problematisch wird dieser Mechanismus dort, wo Anbieter ihre Leistungen nicht einfach einstellen können oder regulatorische und soziale Vorgaben ihre Handlungsmöglichkeiten begrenzen.

Der Rückgang der Quote von 5,0 auf 4,6 Prozent ist deshalb ein positives Signal, aber noch keine strukturelle Entwarnung. Entscheidend wird sein, ob sich diese Entwicklung fortsetzt, wenn staatliche Kriseninstrumente weiter auslaufen und Haushalte wieder stärker mit den tatsächlichen Marktpreisen konfrontiert sind.

Die 3,8 Millionen Menschen mit Zahlungsrückständen markieren damit eine Grenze, an der Energie-, Wohnungs- und Sozialpolitik ineinandergreifen. Das eigentliche Problem ist nicht mehr allein, dass Energie während der Krise außergewöhnlich teuer geworden ist. Es besteht darin, dass ein Teil der Haushalte selbst nach dem Ende des größten Preisschocks zu wenig finanziellen Puffer besitzt, um unvermeidbare Rechnungen zuverlässig zu bedienen. Eine Volkswirtschaft hat einen Preisschock erst dann überwunden, wenn nicht nur die Inflationsrate fällt, sondern auch die Zahlungsfähigkeit ihrer Haushalte wieder steigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), EU-SILC 2025; Verbraucherpreisstatistik, August 2026

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4951882/Zahlungsrueckstaende-bei-Energie-Die-Krise-ist-aus-der-Statistik-nicht-verschwunden/>